

Pols, Axel et al.

Article — Published Version

Die Erwartungen der Wirtschaft für 2010

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Pols, Axel et al. (2010) : Die Erwartungen der Wirtschaft für 2010, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 90, Iss. 1, pp. 7-21, <https://doi.org/10.1007/s10273-010-1017-5>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/66434>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Erwartungen der Wirtschaft für 2010

Das Jahr 2009 war in allen Branchen turbulent. Nachdem zu Beginn noch tiefe Abstürze befürchtet wurden, haben sich die Aussichten für die Wirtschaft wieder aufgehellt.

Kunibert Schmidt

Automobilindustrie: Bodenhaftung

Der Zusammenbruch des Bankhauses Lehman im September 2008 hat die Weltwirtschaft in eine der schwersten Krisen geführt. Unklar war vor einem Jahr jedoch, in welchem Umfang und mit welcher Dauer die globale Rezession vonstattengehen würde. Die Volkswirtschaften der Triade verloren gleichzeitig und mit bis dahin ungekannter Geschwindigkeit, die Märkte Osteuropas sind ebenfalls simultan zusammengebrochen, die Perspektiven für die BRIC-Staaten¹ waren pessimistisch. Es stand früh fest, dass damit die Kompensationsmöglichkeiten für die dramatische Konjunkturabkühlung in den Industriestaaten fehlen werden. Es zeichnete sich sehr bald ab, dass die Krise auf den globalen Pkw- und Nutzfahrzeugmärkten in ihrer Schärfe wohl alle anderen bisher erlebten Abschwünge in den Schatten stellen würde. Dabei sind die deutschen Hersteller und deren Zulieferer durch ihre globale Präsenz von der Krise voll getroffen worden.

Massiver Umsatzrückgang 2009

Die Unternehmen der Automobilindustrie haben rasch und entschlossen auf die katastrophalen Rahmenbedingungen reagiert. Zu Jahresbeginn sahen sich die Unternehmen – mittelständische Zulieferer wie auch global aktive Konzerne zu einer „Planung auf Sicht“ gezwungen. Die Planungszyklen der Unternehmen wurden teilweise auf Wochenrhythmen umgestellt, die Abrufzahlen der Hersteller bei ihren Zulieferern ständig den neuen – schwächeren – Perspektiven angeglichen. Lagerbestände wurden konsequent abgebaut und die Produktion schnell den Absatzbedingungen angepasst, um eine „Haldenbildung“ und damit eine große Kapitalbindung zu verhindern. Wir können heute, mehr als ein Jahr nach Ausbruch der Krise, jedoch soviel sagen: Die schlimmsten Befürchtungen sind zumindest auf den Pkw-Märkten nicht eingetreten. In der Summe ist der Pkw-Absatz um lediglich 5% gesunken, noch im Frühjahr musste man von einem Minus von rund 16% ausgehen. Allerdings, und das schmälert die Freude über die relative Stabilität im Pkw-Sektor, sind die Nutzfahrzeugmärkte weltweit so stark eingebrochen wie nie zuvor.

Die Umsätze der Automobilindustrie sanken im Gesamtjahr 2009 um ca. 21% auf knapp über 261 Mrd. Euro und liegen damit nur leicht über dem Niveau von 2003. Trotz dieses massiven Rückgangs haben die Unternehmen der Branche die Beschäftigung nahezu auf Vorjahresniveau stabilisieren können. Mit einem Jahresdurchschnitt von leicht über 723 000 Beschäftigten waren lediglich 3% weniger als noch im Jahr 2008 beschäftigt. Die relative Stabilisierung der Beschäftigung ist durch die Ergänzungen der Kurzarbeiterregelung erheblich erleichtert worden, dies ist aber aus betriebswirtschaftlicher Sicht mittelfristig die einzig gangbare Strategie. Die Branche ist sich des Fachkräftemangels, der bis zum Herbst 2008 ein erheblicher Engpassfaktor war, durchaus bewusst und hat mit Blick auf ihre Stammebelegschaft entsprechend besonnen und mit Weitsicht in der Krise reagiert.

Turbulenzen auf den Auslandsmärkten

Der Markt für Light Vehicles in den USA hat im Jahr 2009 erneut mehr als ein Fünftel verloren. Der Markt sank auf 10,4 Mio. Einheiten. Vor einigen Jahren lag das Ergebnis noch bei 17 Mio. Die Regierung unter US-Präsident Barack Obama hat mit ihrem Programm „Cash for Clunkers“ nach deutschem Vorbild zwar eine Stabilisierung erreichen können, allerdings war das Volumen deutlich zu klein bemessen, um eine nachhaltige Trendumkehr zu schaffen. Bereits nach zwei Monaten waren die Mittel aus dem Programm aufgebraucht. Erst gegen Ende des Jahres 2009 hat sich der US-Markt aus eigener Kraft wieder stabilisiert, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau.

Auch in Westeuropa musste zunächst mit einem hohen zweistelligen Rückgang gerechnet werden. Die deutschen Hersteller, die einen Marktanteil von mehr als 47% halten, wären davon überproportional betroffen gewesen. Doch dank der Einführung staatlicher Incentiveprogramme auf den größten Märkten wie Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien hat sich der Absatz stabilisiert. Mit einem Marktvolumen von 13,4 Mio. Pkw wurde 2009 das Vorjahresniveau in etwa wieder erreicht. An diesen Programmen haben die deutschen Konzernmarken in vollem Umfang partizipiert, der Marktanteil wurde gehalten.

¹ Brasilien, Russland, Indien und China.

Ungleich dramatischer zeigten sich die Auswirkungen der Krise auf den Märkten Osteuropas. Russland, ein Schlüsselmärkte der deutschen Hersteller, stürzte im Jahr 2009 um beinahe 50% auf nur noch 1,5 Mio. Einheiten ab, die neuen EU-Länder verloren mehr als ein Viertel.

Überraschend stark hingegen entwickelte sich der Pkw-Absatz in den verbleibenden Märkten des vielzitierten BRIC-Quartetts: In Indien zogen die Verkäufe um 17% an, der indische Markt hat den russischen damit überholt. Der Absatz in der Mercosur-Region stieg um 4%, getrieben von einem sehr dynamischen Geschehen in Brasilien. China überraschte am deutlichsten: Mit einem Zuwachs von 44% auf 8,2 Mio. Pkw hat der Markt ein neues Rekordergebnis erreicht. Dabei waren die Aussichten zu Beginn des Jahres 2009 noch deutlich trüber.

Die deutsche Automobilindustrie ist – bei aller Dramatik auf den Märkten – mit einem blauen Auge davongekommen. Auf den wichtigsten Märkten weltweit sank der Absatz insgesamt um ca. 8%, auf den gleichen Märkten gingen die Verkäufe der deutschen Konzernmarken hingegen nur um 4% zurück. In zentralen Regionen haben die deutschen Hersteller damit ihre Marktanteile ausbauen können.

Inlandsmarkt: Wirksame Umweltprämie

Der Inlandsmarkt stand im abgelaufenen Jahr ganz im Zeichen der Neuordnung der Kfz-Steuer und der Umweltprämie. Zu Beginn des Jahres musste mit einem Marktvolumen von maximal 2,9 Mio. Pkw gerechnet werden, tatsächlich sind mehr als 3,8 Mio. Pkw auf dem deutschen Markt neu zugelassen worden.

Allerdings ist die Umweltprämie bei allen Erfolgen mit erheblichen Asymmetrien einhergegangen: Die Anreizstruktur sorgte dafür, dass die Hersteller von kleineren und kompakteren Fahrzeugkonzepten stark davon profitierten, die Premiumhersteller indes so gut wie gar nicht. Ferner haben sich die Strukturen des Pkw-Marktes verschoben: Zum einen ist der Dieselanteil der Neuzulassungen deutlich gesunken. Zum anderen hat sich der Modellmix ebenfalls stark verschoben: 96% der Zuwächse auf dem Pkw-Markt entstammen aus den Segmenten Kleinst- und Kleinwagen sowie aus der Kompaktklasse. Verloren haben aktuell vor allem die Mittelklasse und die obere Mittelklasse. Diese Verschiebungen sind allerdings temporärer Natur. Bereits 2010 werden sich die Entwicklungen wieder umkehren und in Richtung der mittelfristigen Trends einschwingen.

Dennoch muss man das Projekt „Umweltprämie“ als wirksames Instrument betrachten. Ziel der politischen Entscheidungsträger war es, eine Brücke ins Jahr 2010 zu

bauen. Der globale Absturz führte aus Sicht der deutschen Automobilindustrie zu der Notwendigkeit, die Produktionsprogramme erheblich zu reduzieren. Aufgrund des sehr belebten Marktes in Deutschland konnte die Fertigung in den deutschen Werken, aber auch an den ausländischen Standorten stabilisiert werden. Davon profitierte die gesamte Wertschöpfungskette. Die Sicherung von Beschäftigung ist den Unternehmen dadurch erheblich leichter gefallen. So sanken die Exporte der deutschen Automobilhersteller im Jahr 2009 um 18%, die Produktion lediglich um 10%.

Ausblick auf 2010

Die Krise ist nach Ablauf des Jahres 2009 noch keineswegs beendet. Dennoch hat der globale Automobilmarkt Bodenhaftung wiedererlangt.

So ist für den US-Markt von einem Zuwachs von knapp 10% auf 11,4 Mio. Einheiten auszugehen. Im mittelfristigen Vergleich bleibt dies noch immer ein sehr schwaches Marktvolumen. Der massive Rückgang sollte aber gestoppt sein. Auch in Japan dürfte sich der Pkw-Markt auf einem niedrigen Niveau stabilisieren. Die extrem dynamische Entwicklung in China, aber auch in Indien und Brasilien sollte sich fortsetzen können, allerdings wohl mit etwas geringeren Wachstumsraten.

Für die Neuen EU-Länder kann man wohl mit einer Stabilisierung rechnen, auch der Zuwachs in Russland, der auf ca. 11% geschätzt wird, muss so interpretiert werden.

Der Markt in Westeuropa wird sich im Jahr 2010 auf Normalisierungskurs bewegen. Die in den Volumenmärkten installierten staatlichen Incentiveprogramme haben zu teilweise deutlichen Zuwächsen geführt, teilweise wurde der Pkw-Absatz auf Vorjahresniveau stabilisiert – trotz sehr schwacher gesamtwirtschaftlicher Rahmendaten. Von daher wird in 2010 eine Anpassungsreaktion stattfinden, die allerdings in ihrem Umfang derzeit schwer zu antizipieren ist. Vieles hängt davon ab, wie die makroökonomische Stabilisierung verlaufen wird und ob gegebenenfalls einzelne Länder ihre Prämienprogramme verlängern. Man muss derzeit von einem Rückgang von bis zu 11% ausgehen, die obere Grenze sollte bei -5% liegen.

Der deutsche Markt wird im Jahr 2010 ein Volumen von 3 Mio. Einheiten wohl nicht übersteigen. Derzeit müssen wir davon ausgehen, dass im Negativszenario das Neuzulassungsvolumen auch bei 2,75 Mio. Einheiten liegen könnte. Dabei ist eine Reduktion auf die absoluten Zahlen analytisch zu kurz gegriffen: Zum einen führt eine Betrachtung der Jahre 2009 und 2010 isoliert voneinander zu falschen Schlüssen. Im Schnitt der beiden Jahre werden mehr als

3,3 Mio. Pkw abgesetzt, gegenüber dem langfristig gültigen Marktvolumen von 3,0 bis 3,1 Mio. Einheiten. Zum anderen werden Anpassungsreaktionen auf die Verzerrungen der Umweltprämie dazu führen, dass die Fahrzeugkonzepte, die im Jahr 2009 weniger stark von der Prämie profitieren konnten, wieder gewinnen werden. Auch der Dieselantrieb, eine Kernkompetenz der deutschen Automobilindustrie und wichtiger Baustein in der Erreichung der CO₂-Ziele, wird 2010 wieder an Bedeutung zunehmen.

Das Automobil bleibt ein emotionales Thema. Die 63. Internationale Automobilausstellung Pkw, die im September 2009 stattfand, unterstrich sehr eindeutig, welchen Stellenwert das Auto in der Bevölkerung hat: Im Monat eins nach dem Auslaufen der Umweltprämie strömten lediglich 5% weniger Privatkunden in die Frankfurter Messehallen. Dies gibt auch für das Jahr 2010 ein deutliches Signal. Die Besucher konnten sich vor Ort von den Modellen überzeugen, die bereits heute erhältlich sind und eine ideale Kombination von Effizienz, Fahrspaß, Sicherheit und Komfort darstellen.

Wir gehen davon aus, dass im kommenden Jahr die Exporte der deutschen Automobilhersteller wieder zulegen werden – wenn die Rate mit 3% auch bescheiden ausfällt – und sich im Zuge der Normalisierung auf dem Inlandsmarkt ein Produktionsergebnis einstellt, dass nur leicht unter dem Niveau des Jahres 2009 liegen könnte. Dieses sehr konservative Szenario kann jedoch auch überboten werden, wobei wohl in erster Linie die Dynamik der Exportnachfrage Potential nach oben bietet.

Innovativ und umweltfreundlich

Um auch im Jahr 2010 die führende Position auf den Weltmärkten zu behaupten, hat die deutsche Automobilindustrie im abgelaufenen Jahr die Weichen gestellt: Selbst im Krisenjahr 2009 hat die Branche die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gesteigert und einen neuen Spit-

zenwert erreicht. Insgesamt investierten die Unternehmen nach Angaben des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft knapp 21 Mrd. Euro in FuE, das sind 4,4% mehr als im Vorjahr. Damit ist die Automobilindustrie die einzige Branche, die Investitionen in FuE gesteigert hat. Auch die Zahl der forschenden Mitarbeiter hat sich im abgelaufenen Jahr erhöht: Mit 90 410 Personen waren mehr als 4500 Personen mehr in den Entwicklungszentren der deutschen Automobilunternehmen beschäftigt.

Dabei können sich die Fortschritte bei der Reduktion von CO₂-Emissionen im Jahr 2009 sehen lassen. Auf dem Inlandsmarkt weisen die deutschen Marken in neun von zehn Fahrzeugsegmenten durchschnittlich niedrigere CO₂-Werte auf als die Importeure. Bereits heute gibt es mehr als 100 Modelle deutscher Automobilmarken mit einem Durchschnittsverbrauch von weniger als 5 l/100 km.

Eine für die Stabilisierung der führenden Position der deutschen Automobilindustrie herausragende Bedeutung hat die Verfügbarkeit von Liquidität in der Wertschöpfungskette. Dabei haben sowohl die alte als auch die neue Bundesregierung im Jahr 2009 Maßnahmen beschlossen, um die Finanzierung von Unternehmensaktivitäten sicherzustellen. Es kommt nun für das Jahr 2010 entscheidend darauf an, dass die zur Verfügung stehenden Mittel genutzt werden und Friktionen, die sich aus den Rahmenbedingungen der einzelnen Stützungsprogramme ergeben, aufgelöst werden. Auch den Banken kommt im Jahr 2010 eine enorme gesamtwirtschaftliche Verantwortung zu. Die Unternehmen – nicht nur der Automobilindustrie – werden mit den Bilanzen des Jahres 2009 in die Verhandlungen gehen. Hier ist die Weitsicht der Banken gefordert: Rückschlüsse über die Leistungskraft, Innovationsstärke und Bedeutung eines Einzelnen lassen sich nicht aus einigen Bilanzkennziffern ablesen, sondern eröffnen sich erst bei intensiver Analyse der Unternehmen. Eine genaue Einzelfallprüfung statt einer pauschalisierten Branchenbewertung ist in diesen Zeiten unerlässlich.

Michael Knipper

Die Erwartungen der Bauindustrie für das Jahr 2010

Die deutsche Bauwirtschaft hat das erste Jahr der Wirtschaftskrise besser überstanden als die meisten anderen Zweige des Produzierenden Gewerbes: Zwar mussten auch die Unternehmen des deutschen Bauhauptgewerbes bis Oktober 2009 Umsatzeinbußen von nominal 4,6% hinnehmen, dieses Minus war jedoch deutlich geringer als im Verarbeitenden Gewerbe, das in diesem Zeitraum einen Umsatzeinbruch von 19% zu verkraften hatte. Für das Ge-

samtjahr 2009 erwartet der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie auf der Grundlage der bislang vorliegenden Daten ein Umsatzminus von nominal etwa 4%.

Zum Jahreswechsel 2009/2010 sind die meisten Bauunternehmen, was die weitere konjunkturelle Entwicklung angeht, skeptisch: Nur 6% aller befragten Bauunternehmen erwarten nach dem ifo-Konjunkturtest für die nächsten

sechs Monate eine Verbesserung der Geschäftslage; 43% gehen von einer weiteren Verschlechterung aus.

Diese Skepsis ist verständlich, wenn man sich die Entwicklung der Auftragseingänge ansieht. Zwar konnte der Rückgang der Baunachfrage im Oktober 2009 gestoppt werden, dies als konjunkturelle Trendwende zu interpretieren, scheint jedoch verfrüht. Für die Monate Januar bis Oktober 2009 ergibt sich noch immer ein Auftragsminus von nominal 6,7%.

Die Erwartungen an das Baujahr 2010

Das deutsche Bauhauptgewerbe hat die konjunkturelle Talsohle noch nicht erreicht. Selbst wenn sich die gesamtwirtschaftliche Konjunktur 2010 allmählich stabilisieren sollte, so bleibt doch die Bauwirtschaft als „konjunkturell nachlaufende Branche“ vorerst im Abschwung. Daran können auch die Konjunkturprogramme nichts ändern.

Wirtschaftsbau

Vor allem für den deutschen Wirtschaftsbau ist eine konjunkturelle Trendwende noch in weiter Ferne. Zwar hat sich die Auslastung der Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe etwas verbessert; der Erholungsprozess ist jedoch noch nicht so weit fortgeschritten, dass wieder mit Erweiterungsinvestitionen und damit neuen Aufträgen für die deutsche Bauwirtschaft zu rechnen wäre.

Wie gering derzeit die Investitionsneigung in der gewerblichen Wirtschaft ist, zeigt ein Blick in die Baugenehmigungsstatistik: Das Volumen der Baugenehmigungen lag danach in den ersten zehn Monaten des Jahres 2009 um 21% unter dem Vorjahresniveau, bei Fabrik- und Werkstattgebäuden sogar um fast 32% und bei Handels- und Lagergebäuden um knapp 30%.

Wann der Investitionsmotor des Verarbeitenden Gewerbes wieder anspringt, hängt jedoch nicht nur von Nachfragefaktoren ab; es kommt ganz wesentlich darauf an, dass den Unternehmen in einem hoffentlich bald kommenden Aufschwung genügend Kredite zur Verfügung stehen, um die dann notwendigen Investitionsmaßnahmen finanzieren zu können.

Leider mehren sich jedoch die Anzeichen, dass es im Frühjahr 2010 doch noch zu einer Kreditklemme kommen könnte. Gemäß ifo-Konjunkturtest meldeten zum Jahreswechsel 46% der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und 51% der Bauunternehmen ein restriktives Kreditvergabeverhalten ihrer Banken. Im neuen Jahr kommt es darauf an, dass sich die Banken nicht aus Scheu vor der Übernahme neuer Risiken auf ein rein schematisches „maschinelles“ Rating zurückziehen. Die Kreditinstitute sind heute mehr

denn je dazu aufgerufen, nicht nur auf Vergangenheitsdaten zu schauen, sondern auch die Perspektiven des Kreditnehmers in die Bonitätsprüfung einfließen zu lassen.

Der Hauptverband bleibt vor diesem Hintergrund skeptisch, ob der Wirtschaftsbau schon 2010 wieder Tritt fassen wird. Wir erwarten – auch mit Blick auf die abgeschmolzenen Auftragsbestände – einen weiteren Umsatzrückgang von nominal 12%.

Wohnungsbau

Dagegen hat sich die Konjunktur im Wohnungsbau im ersten Jahr der Wirtschaftskrise als wesentlich robuster erwiesen, als viele Experten erwartet hatten. Im Wohnungsneubau zeichnet sich die seit langem erwartete „Bodenbildung“ auf niedrigem Niveau ab. Zwar ist die Zahl der genehmigten Wohnungen in den ersten vier Monaten des Jahres noch einmal um 10% zurückgegangen; seitdem aber von Monat zu Monat gestiegen – von Mai bis Oktober insgesamt um 6%.

Für 2010 ist erstmals seit 2006 wieder mit einem Zuwachs der neu fertig gestellten Wohnungen zu rechnen; wir erwarten ein Fertigstellungsergebnis von 145 000 Einheiten, das um 5000 Einheiten bzw. 3,5% über dem Ergebnis von 2009 liegen wird.

Schon heute deutlich positiver entwickeln sich die Baumaßnahmen im Wohnungsbestand. Als stimulierend hat sich das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm des Bundes erwiesen, das im Rahmen der Konjunkturprogramme nochmals um jeweils 1 Mrd. Euro für die Jahre 2009 bis 2011 aufgestockt worden ist. Die Förderbilanz kann sich sehen lassen: Bis Ende November 2009 hat die KfW Kredite im Umfang von 8,1 Mrd. Euro für 546 000 Wohneinheiten zugesagt; das sind doppelt so viele Zusagen bzw. Förderfälle wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das geförderte Investitionsvolumen betrug 17,1 Mrd. Euro. Allerdings kamen die Fördereffekte des CO₂-Wohnungssanierungsprogramms vor allem dem Ausbaugewerbe zugute; der bauhauptgewerbliche Umsatz im Wohnungsbau ging deshalb – wegen der Neubauschwäche – auch 2009 zurück.

Der Wohnungsbau wird sich 2010 stabilisieren. Die Umsätze werden möglicherweise sogar leicht um 1% steigen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass nicht eine Entlassungswelle im Zuge der Wirtschaftskrise das Vertrauen in die Sicherheit der Arbeitsplätze und der Einkommen zerstört.

Öffentlicher Bau

Alle Hoffnungen richten sich deshalb heute auf den Öffentlichen Bau, der die einzige Bausparte ist, die nicht nur

2009, sondern auch 2010 mit einem Umsatzplus rechnen kann. Ob diese Hoffnungen aber aufgehen, hängt davon ab, ob es gelingt, die zwei Konjunkturprogramme erfolgreich umzusetzen.

Alles spricht heute dafür, dass das direkt über den Bundeshaushalt abgewickelte Konjunkturprogramm I konsequent umgesetzt wird und spätestens seit Mai 2009 auch konjunkturell wirksam geworden ist. Für die ersten elf Monate des Jahres 2009 ergibt sich – ohne Investitions- und Tilgungsfonds – ein Bauausgabenplus von 13,6% bzw. 650 Mio. Euro. Dagegen werden die eigenen Baumaßnahmen des Bundes aus dem Konjunkturprogramm II nicht aus dem Haushalt, sondern aus dem Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) finanziert. Wir schätzen, dass bis November 2009 erst 400 Mio. Euro aus diesem Fonds in Baumaßnahmen geflossen sind.

Im Vergleich dazu haben die Bundesländer lange Zeit nur einen bescheidenen Beitrag zur konjunkturellen Stabilisierung geleistet. Erst ab Juni 2009 sind auch auf der Ebene der Länder steigende Bauausgaben zu beobachten. Bis Oktober 2009 lag dann die Summe der Bauausgaben der Länder um 5% bzw. 160 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau.

Über den Erfolg oder Misserfolg der Konjunkturprogramme wird jedoch auf der Ebene der Städte und Gemeinden entschieden, wo 60% der öffentlichen Baumaßnahmen abgewickelt werden. Das Zukunftsinvestitionsprogramm mit einem Volumen von 13,3 Mrd. Euro einschließlich der Länder- und Kommunalanteile konzentriert sich auf die Förderung kommunaler Investitionen. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten ist es inzwischen gelungen, auch diesen Teil des zweiten Konjunkturprogramms auf den Weg zu bringen. Mitte November waren über 80% der Mittel des Zukunftsinvestitionsprogramms – etwa 11,1 Mrd. Euro – verplant; und zwar verteilt auf knapp 29 000 Projekte.

Das Zukunftsinvestitionsprogramm wird voraussichtlich erst im Verlauf des Jahres 2010 seine volle konjunkturelle Wirkung entfalten. Nach unseren Schätzungen waren bis Mitte November erst 800 Mio. Euro aus dem Investitions- und Tilgungsfonds in Projekte abgeflossen. In den ersten drei Quartalen 2009 lagen die kommunalen Bauausgaben lediglich um 3,3% bzw. 340 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau. Zudem kommen die Programme eher dem Ausbaugewerbe als dem Bauhauptgewerbe zugute.

Vor diesem Hintergrund geht der Hauptverband nunmehr davon aus, dass die konjunkturellen Impulse des Zukunftsinvestitionsprogramms im Jahr 2010 stärker wirksam werden, als wir erwartet haben. Für 2010 erwarten wir für

die Umsätze im Öffentlichen Bau nunmehr einen Zuwachs von 8%. Möglicherweise wird ein Teil der Programme auch erst 2011 abgerechnet.

Gesamtentwicklung

Trotz der Stabilisierung im Wohnungsbau und eines weiter expandierenden Öffentlichen Baus bleibt der Hauptverband bezüglich der Entwicklung des Gesamtumsatzes im Jahre 2010 skeptisch. Unseres Erachtens ist der Impuls aus den beiden Konjunkturprogrammen zu schwach, um den sich weiter fortsetzenden Abwärtstrend im Wirtschaftsbau auszugleichen. Wir gehen deshalb für 2010 für das gesamte Bauhauptgewerbe von einem Umsatzrückgang aus, der sich allerdings gegenüber 2009 auf 1,5% verlangsamen wird.

Unsere Sorge richtet sich deshalb heute eher auf das Jahr 2011. Es ist nicht auszuschließen, dass die Konjunkturprogramme Ende 2010 auslaufen werden, ohne dass der Wirtschaftsbau bereits die konjunkturelle Talsohle verlassen hat. Das dritte Jahr der Wirtschaftskrise könnte dann zum eigentlichen Krisenjahr der deutschen Bauwirtschaft werden.

Die Beschäftigten im deutschen Bauhauptgewerbe haben 2009 nicht um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen. Die meisten Unternehmen haben offensichtlich Konsequenzen aus den Personalengpässen gezogen, mit denen sie in den konjunkturell günstigeren Jahren 2006 bis 2008 zu kämpfen hatten und das Beschäftigungsniveau bei etwa 700 000 Mitarbeitern stabil gehalten. Auch für das Jahr 2010 sind wir deshalb optimistisch, dass es allenfalls zu einem geringfügigen Beschäftigungsabbau kommt.

Bundesverkehrswege: Von der Haushalts- zur Nutzerfinanzierung

Für die deutsche Bauindustrie ist der Zeitpunkt gekommen, die Diskussion über eine Neuordnung der Verkehrswegefinanzierung in Deutschland zu eröffnen. Wir halten es heute mehr denn je für geboten, die Verkehrswegefinanzierung von der bisherigen Haushalts- bzw. Steuerfinanzierung auf eine Nutzerfinanzierung umzustellen. Wir haben dazu bereits 2009 für die Bundesfernstraßen eine Dreistufenstrategie ins Gespräch gebracht:

- Kurzfristig: Ausgliederung der Gebühr für schwere Lkw aus dem Haushalt und Übertragung der Mauteinnahmen auf die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG). Ausstattung der VIFG mit dem Recht der eigenständigen Kreditaufnahme, damit der 2011 zu erwartende Einbruch der Investitionslinie Verkehr aufgefangen werden kann.

- **Mittelfristig:** Erweiterung der Lkw-Gebühr auf alle Fahrzeuge über 7,5 Tonnen Gesamtgewicht und Einführung einer elektronischen Vignette für Pkw und leichte Lkw.
- **Langfristig:** Gegebenenfalls Ablösung der elektronischen Vignette für Pkw und leichte Lkw durch eine streckenbezogene Maut, sobald dafür die technischen Voraussetzungen geschaffen sind.

Kern dieses Drei-Stufenplans ist die mittelfristige Einführung der elektronischen Pkw-Vignette (Mögliche Vignettenpreise: 100 Euro für 1 Jahr, 24 Euro für 2 Monate, 10 Euro für 10 Tage). Für diesen Vorschlag sprechen unseres Erachtens:

- die überschaubaren Investitions- und Betriebskosten, die auf etwa 5% des jährlich zu erwartenden Mautaufkommens von 4 Mrd. Euro geschätzt werden,
- die kurze Vorlaufzeit für die Einführung einer e-Vignette von nur sechs bis neun Monaten,
- die einfache und diskriminierungsfreie Einbeziehung ausländischer Straßenbenutzer, die damit ebenfalls zur Deckung der Wegekosten herangezogen werden könnten (erwartetes Aufkommen etwa 800 Mio. Euro pro Jahr).

Utz Tillmann

Große Herausforderungen für die deutsche Chemieindustrie

Die chemische Industrie hat 2009 eine der wirtschaftlich schwierigsten Phasen ihrer Geschichte meistern müssen. Eine ähnlich dramatische Entwicklung gab es zuletzt 1975. Damals war die Chemieproduktion als Folge der ersten Ölkrise um 12% eingebrochen. Auch heute fällt die Jahresbilanz ernüchternd aus: Die Chemieproduktion lag 2009 im Durchschnitt rund 10% niedriger als ein Jahr zuvor. Weil auch die Erzeugerpreise rückläufig waren, sank der Branchenumsatz im gleichen Zeitraum sogar um 12,5%.

Jetzt überwiegt in der Branche jedoch die Zuversicht, dass es in den kommenden Monaten keinen Rückschlag geben wird und die Nachfrage nach Chemikalien weiter anzieht. Für das Jahr 2010 rechnen wir mit einem Produktionswachstum von 5%. Dabei spielt der Basiseffekt allerdings eine große Rolle. Es wird noch einige Zeit dauern, bis die Krise vollständig überwunden ist und die Chemieindustrie wieder an ihr Vorkrisenniveau anknüpfen kann.

Zu Beginn des Jahres 2009 zeichnete sich schnell ab, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise die deutsche Chemiein-

dustry mit voller Wucht erfassen würde. Dennoch überraschte das Ausmaß der Talfahrt selbst Branchenexperten: Binnen weniger Monate brach die Chemienachfrage hierzulande um mehr als 20% ein. Die Produktion sank in einzelnen Chemiesparten sogar um 30%. In vielen Firmen mussten Produktionsanlagen vorübergehend stillgelegt werden. Entsprechend schlecht war die Stimmung in den Unternehmen. Niemand wagte eine Prognose, wie es in den folgenden Monaten weitergehen könnte. Die Branche war angesichts des heftigen Einbruchs tief verunsichert. Sie fuhr ihre Anlagen nur noch „auf Sicht“.

Von Vorteil wäre darüber hinaus, dass die e-Vignette – aufgrund ihrer relativen Kostengünstigkeit – sowohl als endgültige Lösung als auch als Zwischenlösung auf dem Weg zu einer streckenbezogenen Pkw- und Lkw-Gebühr in Betracht kommt. Die längst noch nicht praxistauglichen Erfassungssysteme für eine streckenbezogene Pkw-Gebühr könnten in Ruhe ausreifen. Über deren Einführung könnte dann im Zusammenhang mit der Neuausschreibung der Toll-Collect-Konzession entschieden werden. Der drohende Finanzengpass im Bereich der Bundesfernstraßen wäre jedoch abgewendet.

Eine so schwierige politische Aufgabe wie die Umstellung der Verkehrswegefinanzierung von der Haushalts- bzw. Steuerfinanzierung auf die Nutzerfinanzierung ist gegen den Willen der Bevölkerung nicht zu schaffen. Wir halten eine Umstellung nur für vermittelbar, wenn die vom Autofahrer zu zahlenden Gebühren diesem in Form von Straßenbauleistungen wieder zu Gute kommen. Wir sprechen uns deshalb für einen geschlossenen Finanzierungskreislauf Straße aus. Ein Systemwechsel in der Verkehrswegefinanzierung darf darüber hinaus nicht zu einer Erhöhung der Abgabenbelastung der privaten Haushalte führen. Wir halten es deshalb für notwendig, dass zumindest die privaten Autofahrer eine Kompensation über die Absenkung der Kfz-Steuer und/oder der Mineralölsteuer erhalten.

Stabilisierung der Geschäftslage im Frühjahr 2009

Rückblickend wissen wir, dass der freie Fall im deutschen Chemiegeschäft bereits im ersten Quartal 2009 endete. Im März erreichte die Branche die Talsohle. Allerdings erfolgte die Bodenbildung auf extrem niedrigem Niveau. Sozusagen „über Nacht“ hatte die deutsche Chemie fünf Jahre Produktionsaufbau verloren und war auf das Niveau des Jahres 2003 zurückgefallen. Die Kapazitätsauslastung

der Branche sank auf magere 72%. Typisch für Deutschlands viertgrößte Branche ist eine Auslastung der Anlagen zwischen 82 und 85%. Noch wenige Monate zuvor hatten selbst notorische Pessimisten einen solch starken Rückgang kaum für möglich gehalten. Hohe Durchschnittskosten waren die Folge.

Vor diesem Hintergrund schmolzen die Gewinne der Branche rasant, zumal viele Vermögenswerte nun niedriger angesetzt werden mussten. Die Unternehmen stemmten sich mit umfangreichen Kostensenkungsprogrammen gegen die Krise. Höchste Priorität hatte die Sicherung der Liquidität. Investitionen wurden aufgeschoben und flexible Arbeitszeitinstrumente genutzt. Rund 50 000 Chemiebeschäftigte mussten in Kurzarbeit gehen.

Ab April 2009 begann die Geschäftslage sich zu stabilisieren. Die deutsche Chemieproduktion konnte im zweiten Quartal wieder leicht zulegen. Dabei kamen die Impulse zunächst aus dem Ausland. Die Belebung setzte sich im dritten und vierten Quartal beschleunigt fort. Nun stieg auch der Inlandsabsatz, da immer mehr industrielle Kunden der Branche ihre Produktion wieder ausdehnten. Zudem war der Lagerabbau in der deutschen Industrie im Sommer weitgehend abgeschlossen. Die Trendwende im Chemiegeschäft war geschafft. Ende des Jahres 2009 wurde bereits wieder das Produktionsniveau von 2005 erreicht.

Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht behoben

Trotz eines Rückgangs in ähnlichen Dimensionen wie 1975 stellt sich die Situation heute ungleich schwieriger dar als damals. Vermutlich wird sich die Wirtschaft von dieser Rezession nicht so schnell erholen wie vor 35 Jahren. Dafür sprechen zwei Faktoren: Erstens muss heute nicht nur eine Wirtschafts- sondern auch eine Finanzkrise überwunden werden. Das braucht mehr Zeit. Zweitens ist nach jahrzehntelanger ungebremster Schuldenpolitik des Staates der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum begrenzt, um konsequent gegensteuern zu können.

Außerdem darf nicht übersehen werden: Die wesentliche Ursache der Finanzkrise ist keineswegs behoben: Noch immer schlummern in den Banktresoren in großem Umfang „toxische“ Wertpapiere, also Anlagen ohne realen Gegenwert. Der Abschreibungsbedarf hat die Eigenkapitalbasis der Finanzbranche bereits erheblich geschwächt. In den kommenden Monaten drohen durch Privat- und Unternehmensinsolvenzen weitere Kreditausfälle. Die Gefahr einer Kreditklemme – vor allem für mittelständische Unternehmen – ist noch nicht vom Tisch. Sie muss unbedingt verhindert werden, um die Erholung nicht zu gefährden.

Angesichts des immensen Schadens, den die Finanzbranche verursacht hat, muss neben der kurzfristigen Stabilisierung des Finanzsektors jetzt das Augenmerk der Politik vor allem auf die Regulierung der globalen Finanzmärkte gerichtet werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Banken und Hedge-Fonds weitermachen wie bisher. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass die Neuordnung der internationalen Finanzmärkte ganz oben auf die politische Agenda gesetzt wird.

Voraussetzungen für dynamisches und nachhaltiges Wachstum schaffen

Das allein reicht aber nicht aus. Nach der Bewältigung der unmittelbaren Folgen der Wirtschaftskrise steht die Politik jetzt vor der eigentlichen Herausforderung: Sie muss die Voraussetzungen für ein dynamisches und nachhaltiges Wachstum in Deutschland schaffen. Dabei darf sie nicht die gleichen Fehler machen wie vor 35 Jahren. Damals hatte die sozial-liberale Regierung versucht, mit Konjunkturprogrammen, die durch Neuverschuldung finanziert wurden, die Konsumnachfrage anzuregen. Zunächst mit einigem Erfolg, denn die unmittelbaren Folgen der Ölkrise waren rasch überwunden. Schon bald zeigten sich aber die Nebenwirkungen. Es kam zu einer deutlichen Erhöhung des Preisniveaus und zu einer Wachstumsschwäche, die Anfang der 80er Jahre die Arbeitslosigkeit sprunghaft ansteigen ließ.

In der aktuellen Situation benötigen wir mehr denn je eine Wirtschaftspolitik, die den Blick nach vorn richtet und trotz einer extrem schwierigen Haushaltslage auf die Chance setzt, das Potenzial unserer Wirtschaft zu mobilisieren. Es wäre ein strategischer Fehler, knappe Ressourcen für die Belebung des Konsums auszugeben. Dieses Vorgehen würde nur kurzfristig positive Impulse freisetzen. Deutschland muss stattdessen investieren – in Infrastruktur, in Bildung sowie vor allem in Forschung und Entwicklung.

Steuerliche Forschungsförderung einführen

Die neue Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag die Absicht bekundet, eine steuerliche Forschungsförderung einzuführen. Leider gibt es keinerlei konkrete Angaben über den Zeitpunkt, wann dies geschehen soll. Wir halten diese Maßnahme nach wie vor für einen entscheidenden Schritt, um die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken. Der Staat sollte gerade jetzt alle Möglichkeiten nutzen, um Innovationen anzustoßen. Neue Produkte setzen die stärksten Impulse für mehr Wachstum und krisenfeste Arbeitsplätze in Deutschland. Den Beschluss der Regierungsparteien im Koalitionsvertrag, zukunftsweisende Technologien wie die Nanotechnologie zu fördern, sehen wir als positives Signal für den Standort. Innovationen sind schließlich nicht nur

der Garant für wirtschaftliches Wachstum, sondern auch der Schlüssel für Fortschritte bei der Energieeffizienz und im Klimaschutz.

Hier haben sich Berlin und Brüssel ehrgeizige Ziele gesetzt. Als energieintensive Branche wird die chemische Industrie von der Politik – vor allem in Brüssel – in erster Linie als Teil des Problems betrachtet. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Chemie und Klimaschutz bilden eine optimale Allianz, wenn es um die Vermeidung von Treibhausgasen geht. Das belegt eine globale Studie des Weltchemieverbandes ICCA. Die Untersuchung von rund hundert typischen Produkten aus allen Bereichen der chemischen Industrie macht deutlich, dass der Einsatz von Chemieprodukten im Alltag mehr als doppelt so viel Emissionen einspart, wie ihre Produktion verursacht.

Die Chemie ist eine Schlüsselbranche für den Klimaschutz

Solarzellen mit höherem Wirkungsgrad, Windkraftträder mit größerer Leistung und serienreife Autos, die rein elektrisch oder per Brennstoffzelle angetrieben werden, sind ohne die Leistungen der Chemie nicht denkbar.

Nachhaltigkeit ist für die deutsche chemische Industrie im Übrigen auch in Bezug auf die Produktionsprozesse schon lange viel mehr als nur ein Modewort. Ihre Energieeffizienz ist vorbildhaft: Seit 1990 hat die Branche die Treibhausgasemissionen absolut um 30% gesenkt, bei gleichzeitiger Produktionssteigerung um 60%. Schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse forschen wir intensiv an neuen Verfahren zur weiteren Verbesserung dieser Emissionsbilanz.

Die deutschen Chemieunternehmen wollen mit ihren Produkten und Leistungen weiterhin dazu beitragen, dass die

EU ihr Ziel erreicht, die Emissionen bis 2020 um 20% zu senken. Das kann nur funktionieren, wenn die Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben. Mit großer Sorge blickt die chemische Industrie deshalb auf das Verhandlungsergebnis von Kopenhagen. Die internationale Staatengemeinschaft hat ihr Ziel verfehlt, ein globales und faires Klimaschutz-Abkommen zu verabschieden. Die gemeinsame Erklärung zum Klimaschutz ist unverbindlich und vage. Sie sagt nichts über konkrete Verpflichtungen der Staaten aus.

Europa wollte mit seinen ehrgeizigen Zielen eine Brücke für ein gemeinsames Abkommen bauen. Andere Staaten waren nicht bereit, diesen Weg zu beschreiten. Die europäische Industrie steht mit ihren Leistungen für den Klimaschutz nach wie vor alleine da. Ohne vergleichbare Bedingungen in punkto Klimaschutz kann sie jedoch langfristig nicht im weltweiten Wettbewerb bestehen. Die EU muss ihre Strategie überdenken. Ein Zurück beim Klimaschutz in der EU darf es nicht geben, aber auch keine einseitigen Verschärfungen. Nur wenn alle Länder sich angemessen an der Senkung der Treibhausgasemissionen beteiligen, kann das 2°C-Ziel erreicht werden. Das liegt im Interesse von Politik und Industrie.

Das Klimaschutzziel der EU lässt sich nur mit einer starken Industrie erreichen. Die Klimaschutzinstrumente dürfen daher die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nicht gefährden. Die Politik muss darüber hinaus Innovationsanreize setzen. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung benötigen wir neue Technologien zur Erhöhung der Ressourcen- und Energieeffizienz. Wenn es der europäischen Industrie gelingt, die für den Klimaschutz notwendigen Produkte und Verfahren zu entwickeln, wäre dies die Initialzündung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Die Chemie kann und will hierfür einen entscheidenden Beitrag leisten.

Klaus Mittelbach

Elektroindustrie hat das Schlimmste hinter sich gelassen

Wie alle anderen Industriebranchen auch hat sich die deutsche Elektroindustrie der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 nicht entziehen können. Die Betroffenheit des zweitgrößten deutschen Wirtschaftszweigs hierzulande rührt zum einen aus der sehr engen Verzahnung mit so gut wie allen übrigen Bereichen der Wirtschaft und zum anderen aus ihrer hohen Exportquote von durchgerechnet 75 bis 80%. Nur wenig hat angesichts des globalen Nachfragemangels geholfen, dass die Elektroindustrie – anders als viele der übrigen Branchen – ein vergleichsweise sehr dynamisches sowie breit aufgestelltes Pro-

duktportfolio hat. 78% des Umsatzes werden mit Investitionsgütern gemacht, 13% mit Vorleistungs- und 9% mit Konsumgütern.

Die Talsohle ist mittlerweile durchschritten, das Schlimmste liegt – zumindest bei den Auftragseingängen – hinter uns. Dennoch besteht bislang kein Anlass für Euphorie. Ein sich selbst tragender Aufschwung ist noch lange nicht erreicht, zumal die langsam einsetzende Erholung in weitesten Teilen durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen getragen wird.

Starke Rückgänge bei Umsatz und Produktion

Von Januar bis Oktober 2009 ist der Umsatz in der deutschen Elektroindustrie um 26% zurückgegangen. Dabei waren die Geschäfte mit inländischen und ausländischen Kunden gleichermaßen stark betroffen.

Ist die reale, sprich: preisbereinigte Produktion zwischen 2004 und 2008 noch um jahresdurchschnittlich 10% gestiegen, so lag sie von Januar bis Oktober 2009 um 23% niedriger als im Vorjahr. Das monatsdurchschnittliche Produktionsniveau ist damit deutlich unter das Niveau des Jahres 2005 gefallen. Mit anderen Worten: Innerhalb eines Jahres wurde eingebüßt, was zuvor über vier Jahre hinweg aufgebaut worden ist. Nach Schätzungen des ZVEI wird es voraussichtlich vier bis sieben Jahre dauern, bis das Produktionsniveau des Jahres 2008 wieder erreicht ist.

Exporte im Sog der weltweiten Krise

Die Ausfuhren der Elektroindustrie sind im vergangenen Jahr in so gut wie alle Länder bzw. Regionen stark rückläufig gewesen. Dabei sind die Exporte nach Asien – und hier insbesondere nach China und Indien – noch vergleichsweise moderat gesunken. Von Januar bis September beträgt das Ausfuhrminus insgesamt 21% gegenüber 2008 – nach China und Indien „nur“ 3%. Zudem gab es nach China im September wieder ein Ausfuhrplus von 10% und nach Indien von 6%. Die weltwirtschaftliche Belebung erwarten wir entsprechend am ehesten aus Asien. Allerdings gehen noch immer mehr als zwei Drittel aller deutschen Elektroexporte nach Europa. In Asien wird dagegen nur ein Fünftel abgesetzt.

Auftragseingänge: Rückgänge werden kleiner

Der Mai 2008 war der letzte Monat mit wachsenden Auftragseingängen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Bis April 2009 hat die Elektroindustrie dann Rückgänge mit immer größeren Minusraten verkraften müssen. Seit Mai letzten Jahres schwächt sich die negative Entwicklung allmählich ab, d.h. die Minusraten werden von Monat zu Monat kleiner. Zwischen Januar und Oktober des letzten Jahres sind die Bestellungen um 31% gegenüber dem Vorjahr gefallen, mit gleichen Raten bei Inlands- und Auslandsorders. Dabei haben sich die einzelnen Fachweige der Elektroindustrie sehr unterschiedlich entwickelt. So sind die Auftragseingänge in der Medizintechnik in den ersten zehn Monaten 2009 um 11% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, während es in der Kommunikationstechnik ein Minus von 57% gab. Dazwischen liegen fast 70 Prozentpunkte. Neben der Medizintechnik zeigt sich auch der Bereich der Schie-

nenfahrzeuge verhältnismäßig konjunkturunabhängig. Die Konsumgüterzweige – insbesondere die Bereiche Hausgeräte und Unterhaltungselektronik – haben sich im vergangenen Jahr ebenfalls noch vergleichsweise robust entwickelt. Sollte die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr aber spürbar steigen, könnte dies auch den gesamtwirtschaftlichen Konsum und damit den Gebrauchsgüterbereich negativ beeinflussen. Das Gros der Fachbereiche der Elektroindustrie – insbesondere auch der mit einem Viertel des gesamten Branchenumsatzes mit Abstand größte Fachweig Automation – hat zwischen Januar und Oktober 2009 allerdings Rückgänge bei den Bestellungen in einer Größenordnung um die 30% hinnehmen müssen.

Kapazitätsauslastung auf niedrigem Niveau, Beschäftigung bislang weitgehend gehalten

Die Kapazitätsauslastung in der deutschen Elektroindustrie lag im Oktober 2009 bei 75% der betriebsüblichen Vollauslastung, was immerhin einem Plus von drei Prozentpunkten seit Juli entspricht. Der Wert ist aber noch weit entfernt vom langjährigen Durchschnitt von 83% und noch weiter vom 2008er Höchstwert von 88%.

Das Investitionsvolumen ist 2009 auf 6 Mrd. Euro gesunken, nach 7 Mrd. Euro im vergangenen Jahr. Einer aktuellen ZVEI-Konjunktur-Umfrage aus dem November zufolge wird das Investitionsvolumen im nächsten Jahr in etwa gleich bleiben oder sogar wieder leicht zunehmen. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung belaufen sich auf rund 11 Mrd. Euro. Sie liegen damit in unserer Branche deutlich höher als die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen.

Bislang hat sich der Produktionsrückgang noch nicht in gleichem Maß auf die Zahl der Beschäftigten ausgewirkt. Dies liegt an mehreren Faktoren, zum einen an der Kurzarbeit, zum anderen an der Nutzung der tariflichen Flexibilisierungsmöglichkeiten durch die Betriebe (z.B. negative Arbeitszeitkonten). Ende 2008 arbeiteten 827 000 Beschäftigte in der deutschen Elektroindustrie, Ende Oktober 2009 waren es 818 000. Zum Ende des dritten Quartals 2009 zählte die Branche dabei 121 000 Kurzarbeiter. Dies entspricht einer Kurzarbeit auf mehr als jedem siebten Arbeitsplatz. Auch wenn die Zahl der Beschäftigten innerhalb der nächsten Monate unter 800 000 fallen könnte, bleibt ein Mangel an qualifizierten Fachkräften, speziell an Elektroingenieuren, ein angebotsseitiger Engpassfaktor.

Was die Stimmungsindikatoren – insbesondere den Ifo-Geschäftsklimaindex – anbelangt, so haben sich die Erwartungen in den letzten Monaten Stück für Stück auf-

geht, freilich immer noch ausgehend von einem vergleichsweise sehr niedrigen Niveau.

Finanzierung

Es liegt auf der Hand, dass sich im Gefolge einer Finanzkrise die Finanzierungsbedingungen verschlechtern. Folglich gehört eine mögliche Kredit- sowie auch Kreditversicherungsklemme zu den größten Gefahren für die wirtschaftliche Erholung, zumal die in den vergangenen Jahren sukzessive aufgebaute Eigenkapitaldecke der Unternehmen – 2008 lag die Eigenkapitalquote der Elektro-Unternehmen noch bei fast 40% – als Folge der Krise angegriffen wird. Einer ZVEI-Umfrage zufolge haben im Juni 2009 57% der befragten Unternehmen über eine Kreditklemme berichtet – im März waren es nur 5% – und 66% über eine Versicherungsklemme. Im September haben 20% beklagt, die Situation habe sich weiter verschärft. In der Politik ist unsere Sensibilisierung für die Problematik angekommen. Sie sollte weiter alles daran setzen, ein Ausgreifen einer flächendeckenden Kreditklemme abzuwenden. Die Banken selber müssen die eigentliche Unternehmensfinanzierung wieder viel stärker in den Fokus ihrer Geschäftstätigkeit nehmen und damit ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe der Versorgung der Realwirtschaft mit Krediten nachkommen.

Ausblick

Nach einem Rückgang des Outputs 2009 um 22% ist für 2010 wieder mit einem Produktionsplus von 3 bis 4% zu rechnen. Der Umsatz in der deutschen Elektroindustrie dürfte nach 182 Mrd. Euro im Jahr 2008 in diesem Jahr auf rund 145 Mrd. Euro sinken. 2010 erwartet der ZVEI einen Wiederanstieg auf etwa 150 Mrd. Euro. Insgesamt ist die Prognose aber nach wie vor mit sehr großen Unsicherheiten behaftet. Immerhin sind die für unsere High-tech-Branche zentralen Trends weiter intakt: gesteigerte Anforderungen an Energieeffizienz, eine neue Elektromobilität, eine effizientere Organisation des Gesundheitswesens oder eine Bedienung des weltweit nach wie vor hohen Bedarfs an Infrastruktur – all das ist ohne die Technologien der Elektroindustrie nicht zu haben.

Forderungen an die Wirtschaftspolitik

Der Aufschwung wird holprig verlaufen, bis er selbsttragend wird. Deshalb muss die Politik die Rahmenbedingungen verbessern, um ihn schnellstmöglich zu stabilisieren. Die in den Koalitionsvereinbarungen beschlossenen Entlastungen sollten so schnell wie möglich – am besten bereits 2010 – verwirklicht werden, um die Erholung zu stützen. Für die Zeit nach der Krise muss jetzt bereits ein glaubwürdiger Konsolidierungsplan erarbeitet werden,

damit das langfristige Wirtschaftswachstum nicht durch Schuldenberge und Zinslasten Schaden nimmt.

Den richtigen Zeitpunkt für den Ausstieg aus der expansiven Geld- und Fiskalpolitik zu finden, wird ein Balanceakt – ein verfrühter Ausstieg gefährdet die wirtschaftliche Erholung, ein verspäteter provoziert eine neuerliche Überhitzung.

Um die Innovationskraft der Industrie im Allgemeinen sowie der Elektroindustrie im Besonderen zu stärken, muss die Forschung grundsätzlich unabhängig von der Größe des Unternehmens durch eine Steuergutschrift in Höhe von 10% der gesamten F&E-Aufwendungen unterstützt werden – auf Grund der angespannten Haushaltslage in einem ersten Schritt zunächst bis zur Höhe der abzuführenden Lohnsteuer auf F&E-Personal. Die negativen Auswirkungen der Neuregelungen zur Funktionsverlagerung auch auf den Forschungs- und Entwicklungsstandort Deutschland müssen dringend und unverzüglich beseitigt werden.

Gerade für Deutschland, wo mehr als ein Viertel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in der Industrie entsteht, ist der Klimaschutz Herausforderung und wichtige ökonomische Chance zugleich. Deshalb setzt sich die deutsche Elektroindustrie auch nach Kopenhagen weiter nachdrücklich dafür ein, dass ein verbindlicher weltweiter Fahrplan zur Reduktion von Treibhausgasemissionen festgelegt wird. Dabei dürfen die Belastungen aber nicht einseitig verteilt werden, Umweltstandards also nicht einseitig über das internationale Maß hinausgehen. Wenn in anderen Ländern die Energie eingesetzt wird, die in Deutschland eingespart werden muss, ist das ein Nullsummenspiel, das dem Klima nichts nützt, aber dem Herzen unserer Wirtschaft – eben der Industrie – schadet. Wer mit zusätzlichen Belastungen eingreift, ohne gleichzeitig Effizienzsteigerungen zu fördern, muss wissen, dass er eine Lokomotive verlangsamt, die ganz Europa zieht.

Die Bürokratie muss abgebaut werden, die Industrie darf nicht mit neuen Vorschriften belastet werden, vor allem nicht der Mittelstand, der sich keine teure Verwaltung halten kann. Zur Erinnerung: Knapp 90% aller fast 4000 deutschen Elektronunternehmen haben weniger als 250 Beschäftigte, mehr als zwei Fünftel der Firmen sogar weniger als 50 Beschäftigte.

Für die Elektroindustrie in besonderem Maße entscheidend ist auch, dass der Staat die Mikro- und Nano-Elektronik sowie die Batterie-Forschung fördert, damit Deutschland bei Schlüsselindustrien und -technologien den internationalen Anschluss nicht verliert. Der Abbau

von Subventionen muss international koordiniert erfolgen und darf keine Einbahnstraße sein.

Schließlich muss beim Investieren stärker an alle damit einhergehenden Aufwendungen und Erträge gedacht werden. Dann wird auch schnell klar, dass in etlichen Fel-

dern die Reduktion von Treibhausgas-Emissionen einerseits und Kosteneinsparungen andererseits Hand in Hand gehen. Immerhin: Mit einem Anteil von mehr als 16% ist Deutschland bereits heute Weltmarktführer bei „grünen Technologien“. Damit verbinden sich auch und gerade für die Elektroindustrie große Chancen.

Ralph Wiechers

Maschinenbaukonjunktur: Konsolidierung auf wackeligem Grund

Selbst für den Maschinen- und Anlagenbau, der starke konjunkturelle Ausschläge kennt und mit ihnen umzugehen weiß, kam es 2009 knüppeldick. Der massive Vertrauensverlust an den Finanzmärkten wuchs sich aus zur weltumspannenden Wirtschaftskrise, der sich auch die Schwellen- und Entwicklungsländer, zunehmend wichtige Absatzmärkte für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau und wesentlicher Hoffnungsanker für einen glimpflicheren Krisenverlauf, nicht entziehen konnten. Maschinenbaukunden im In- und Ausland reagierten mit wachsender Verunsicherung – und verhängten weitreichende Investitions- und Ausgabenstopps. Die Maschinenbestellungen fielen so schnell und so drastisch wie noch nie seit Beginn der VDMA-Auftragseingangsstatisik 1958. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2009 lagen sie um 43% unter dem zugegeben sehr hohen Vorjahresniveau. Hinzu kamen massive Stornierungen. Teils üppige Auftragspolster aus den Boomjahren schmolzen dahin, mit der Folge, dass die Orderrückgänge in vielen Bereichen sehr zeitnah auf die Maschinenproduktion durchschlugen. Sie verfehlte – Stand Oktober – den Vorjahreswert um rund 25% real. Die Kapazitätsauslastung, weiterer Gradmesser der wirtschaftlichen Lage in den Maschinenbaubetrieben, sank im Sommer 2009 unter die 70%-Marke, ebenfalls Negativrekord. Gemessen daran ist der Rückgang der Stammbelagschaft dank der Reduktion von Zeitarbeit, Kurzarbeit und betriebsindividueller Maßnahmen bisher noch vergleichsweise moderat ausgefallen. So sank die Zahl der Beschäftigten im Zeitraum Januar bis Oktober 2009 um knapp 28 000 bzw. gerade einmal 3%.

Nach wie vor differenziertes Bild in der Branche

Wie immer verbirgt sich hinter diesen Durchschnittswerten des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus auf Teilbranchenebene eine außergewöhnlich große Spreizung. Während Unternehmen aus den Bereichen Verfahrenstechnik, Hütten- und Walzwerkseinrichtungen, Power Systems und Bergbaumaschinen für 2009 dank hoher Auftragsbestände und langer Durchlaufzeiten in der Summe noch teils sehr kräftige Umsatzzuwächse

vermelden können, schreiben Hersteller von Bau- und Baustoffmaschinen, Holzbearbeitungsmaschinen, Textilmaschinen und auch der Fluidtechnik beim Umsatz Minusraten von 40% und mehr. Die baunahen Bereiche wurden recht früh und heftig von der Krise erfasst, die ihren Anfang in der Immobilienbranche nahm. Die Hersteller von hydraulischen Komponenten litten wie zahlreiche andere Zulieferer aus dem Maschinenbau unter massiven Auftragsstornierungen ihrer Kunden, die ihre Lager drastisch zurückfuhren.

Ein facettenreiches Bild liefert auch der internationale Vergleich der Maschinenbauproduzenten. Zwar war und ist der starke Einbruch der Investitionsgüternachfrage ein globales Phänomen. Insgesamt dürfte der Maschinenumsatz 2009 weltweit um real 18% abnehmen. Doch während sich die europäischen Maschinenproduzenten mehr oder weniger dicht um diesen Mittelwert gruppieren, markieren zwei asiatische Produzenteländer die positiven bzw. negativen Extreme der Umsatzentwicklung. So kann der chinesische Maschinenbau dank staatlich administrierter Investitionsprojekte auch 2009 ein Plus von immerhin 10% verbuchen. Der japanische Maschinenbau, der mit seiner Produktpalette sehr stark auf Standardmaschinen fokussiert ist, muss hingegen in den Jahren 2008 und 2009 zusammen genommen einen Umsatzeinbruch um rund die Hälfte verkraften. In Europa wird der Maschinenumsatz 2009 voraussichtlich um ein knappes Viertel, in den USA um rund ein Fünftel schrumpfen.

Maschinenexporte brechen weltweit ein – nur wenige Lichtblicke

In Anbetracht der nahezu ausnahmslosen Betroffenheit der internationalen Hersteller von Maschinen- und Anlagenbauprodukten verwundert es nicht, dass die Nachfrage nach deutschen Maschinenbauerzeugnissen weltweit einknickte. Die Exporte von Maschinen und Anlagen sackten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 um real 26% ab. Besonders schlecht lief es in Russland. Hier brach der deutsche Maschinenexport sogar um 43%

ein. Ebenfalls unterdurchschnittlich entwickelten sich die Ausfuhren in die EU und in die USA mit einem Minus von jeweils 29%. Doch es gibt auch Lichtblicke, vor allem im Nahen und Mittleren Osten sowie in Ost- und Südostasien. Die Volksrepublik China verzeichnete als einziges der 20-Top-Zielländer deutscher Maschinenbauprodukte einen Zuwachs und schob sich dadurch früher als erwartet an den USA vorbei auf Platz 1 im Exportranking.

Maschinenbestellungen signalisieren Ende der Talfahrt

Das nach wie vor im Vorjahresvergleich hoch zweistellige Minus im Bestelleingang ist für sich gesehen sicher wenig ermutigend. Doch der Kurvenverlauf der letzten Monate lässt zunehmend hoffen, dass sowohl im Inlandsgeschäft als auch bei den Auslandsorders die Talfahrt beendet werden konnte. Auch wenn dieser Prozess bislang noch nicht einheitlich verläuft, lässt der Bestelleingang in der Vielzahl der Fachbereiche eine Bodenbildung erkennen. Zwar sind die Ergebnisse zu fragil, um jetzt schon klar sagen zu können: Die Branche hat das Schlimmste hinter sich. Doch wichtige Stimmungsindikatoren wie das Weltwirtschaftsklima oder der ifo-Konjunkturindikator haben sich dank des beherzten geld- und fiskalpolitischen Eingreifens rund um den Globus seit dem Frühjahr von ihren historisch einmaligen Tiefpunkten teils deutlich erholen können. Die wirtschaftlichen Akteure schauen mit einer erheblichen Portion Zuversicht in die Zukunft. Befürchtungen, hier könne es zu Rückschlägen, der Bildung sogenannter Erwartungsblasen kommen, so wie es schon einmal 2001/2002 nach den Anschlägen auf das World Trade Center geschehen ist, haben sich bislang nicht bewahrheitet.

Üblicherweise folgen die Maschinenorders diesen Frühindikatoren mit einem zeitlichen Abstand von rund sechs Monaten. Das ist wohl bemerkt ein sehr grober Richtwert. Aber dieses zeitliche Muster der Abfolge scheint sich selbst unter so ungewöhnlichen, einmaligen Umständen wie den gegenwärtigen zu bestätigen. Noch einmal vier, fünf Monate kann es dauern, bis der Maschinenbau bei Produktion und Umsatz am Tiefpunkt angekommen ist. Denn solange braucht es üblicherweise im Durchschnitt des Maschinenbaus, bis sich Neubestellungen in der Fertigung niederschlagen. Es verwundert insofern kaum, dass in Anbetracht der bisher zu verzeichnenden Umsatzrückgänge und der extrem niedrigen Auslastung der Produktionskapazitäten bislang niemand in der Branche von einer Erholung reden oder gar den Beginn eines neuen Aufschwungs proklamieren möchte. Die jetzige Phase der wirtschaftlichen Entwicklung kann eher als Konsolidierung auf wackeligem Grund etikettiert werden.

2010: Produktion stagniert auf niedrigem Niveau

Für das Jahr 2010 gehen die VDMA-Volkswirte davon aus, dass der deutsche Maschinenbau insgesamt das niedrige Produktionsvolumen des Krisenjahres 2009 in etwa halten kann, mit leicht positiver Tendenz im Jahresverlauf. Das heißt, die deutsche Maschinenproduktion wird in den ersten Monaten des Jahres 2010 ihr Vorjahresniveau noch deutlich verfehlen. Später im Jahr kann es der Branche jedoch gelingen, wieder Plusraten zu schreiben. Alles in allem muss sich der Maschinenbau in den kommenden Monaten also auf einen eher mühseligen Erholungsprozess einstellen, mit höchst unterschiedlichen, wenn nicht gar gegensätzlich verlaufenden Entwicklungen auf Teilbranchen-, Unternehmens- und Marktebene. Die Prognose steht schon deshalb auf wackeligem Fundament.

Zum einen ist nur schwer abschätzbar, ob die absehbaren Rückgänge in den Sparten, die dank ihrer Auftragsbestände bislang glimpflich davorkamen, aber 2010 das volle Ausmaß der Krise zu spüren bekommen, von den Zuwächsen der Sparten, die wegen der tiefen Einbrüche 2009 echte Chancen auf Zuwächse haben, kompensiert werden können. Zum anderen basiert die bisherige Wachstumsdynamik der auch für den Maschinenbau taktgebenden Weltwirtschaft in erheblichem Maß auf öffentlichen Stützungsmaßnahmen, die in der Mehrzahl der Länder in den kommenden Monaten auslaufen beziehungsweise schon beendet worden sind. Staatliche Konjunkturpakete haben zwar das Schlimmste verhindert. Sie können aber nicht das Wachstum ersetzen, das im Kern durch unternehmerisches Handeln und private Nachfrage geschaffen wird.

Bei den Unternehmensinvestitionen und der Entwicklung am Arbeitsmarkt, den wesentlichen Eckpfeilern für eine robustere und nachhaltig stärkere wirtschaftliche Entwicklung, zeichnet sich leider noch keine Besserung ab. In Anbetracht der unausgelasteten Kapazitäten und der zur Annäherung an die vermutlich nicht nur temporär niedrigeren Produktionsvolumina notwendigen Strukturanpassungen drohen hier vielmehr noch Rückschläge. Ohnehin ist die Investitionsneigung angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung in den Kundenbranchen sowie eines vergleichsweise jungen Maschinenbestandes denkbar gering. Für Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen gibt es entweder keinen Bedarf oder deren Finanzierung ist schwieriger, wenn nicht gar unmöglich geworden. Einer Produktionsausweitung könnten schließlich noch die vorhandenen Lagerbestände sowie die auf den Markt kommenden Gebrauchsmaschinen entgegenstehen. In einigen Maschinenbauunternehmen und auch bei den Händlern dürfte noch ein nicht quantifizierbarer Bestand bereits produzierter Maschinen, Komponenten und Teile auf Lager liegen. Zudem ist damit zu rechnen, dass wegen steigender Unternehmensinsol-

venzen und Kapazitätsstilllegungen eine wachsende Zahl von vergleichsweise jungen Gebrauchtmaschinen auf den Markt drängen.

Mittelfristiger Wachstumspfad intakt

Die Auflistung dieser Risiken darf freilich nicht als furchtsame Schwarzmalerei interpretiert werden. Nicht nur, dass es durchaus auch Chancen dafür gibt, dass die Konjunktur in einigen Absatzregionen schneller und deutlicher als weithin erwartet anzieht – und der exportorientierte deutsche Maschinenbau mit seinen unverändert hoch wettbewerbsfähigen Produkten punktet. Auch, weil sich durch die Weltwirtschaftskrise nichts Grundlegendes am Erfordernis, in neue Maschinen und Anlagen zu

investieren, geändert hat. Die Aufgabenstellung, sich für den internationalen harten Wettbewerb fit zu machen und zu halten, hat für den Maschinenbau und seine Kunden weltweit nach wie vor höchste Priorität. Die wirtschaftlichen Herausforderungen einer effizienten Energieherstellung und -nutzung, einer Ressourcen schonenden, intelligenten Produktion, einer zukunftsfähigen Mobilität bleiben unverändert auf der Tagesordnung. Hervorragend ausgebildete Facharbeiter, die besten Ingenieure weltweit, ein einzigartiges Produktionsnetzwerk am Standort Deutschland, die Präsenz mit Vertrieb, Anlagenerrichtung, Inbetriebnahme und Service weltweit vor Ort sind gerade in Zeiten einer globalen Nachfrageschwäche zentrale Erfolgsfaktoren für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau – und werden es bleiben!

Axel Pols

IT- und Telekommunikationsbranche sieht neue Wachstumschancen 2010

Die Banken- und Finanzkrise, die sich im September 2008 durch die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers dramatisch verschärfte und im Laufe des Jahres 2009 zu einer schweren Wirtschaftskrise auswuchs, hat auch die Koordinaten des deutschen Hightech-Markts spürbar verschoben. Allerdings gehört die Informationstechnik- und Telekommunikationsbranche (ITK) zu den weniger stark beeinträchtigten Wirtschaftszweigen. Die Krise hat zwar in vielen Fällen dazu geführt, dass Kunden Investitionen in ITK-Produkte und -Dienstleistungen storniert oder verschoben haben, daneben gibt es aber auch Marktsegmente, in denen die Nachfrage trotz Krise weiter zugenommen hat. Dies gilt zum Beispiel für die mobile Internetnutzung und das Outsourcing. Hier ergeben sich auch für die Zukunft vielversprechende Wachstumschancen.

Jeder zweite ITK-Anbieter von der Krise nicht betroffen

Der BITKOM hat seit Herbst 2008 regelmäßig mit repräsentativen Umfragen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Hightech-Branche untersucht. Demnach ist der Anteil der Unternehmen, der krisenbedingte Einbußen verzeichnete, von 13% im Oktober 2008 auf 44% im Februar 2009 angestiegen und bis Herbst 2009 auf diesem Niveau geblieben. Umgekehrt sagte zwischen Frühjahr und Herbst 2009 stets rund die Hälfte der Unternehmen, dass die Krise ihre Umsatzentwicklung nicht negativ beeinflusst hat. Dieses Resultat ist angesichts eines Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts

von rund 5% bemerkenswert. Ein Grund dafür ist, dass wichtige Abnehmerbranchen wie etwa die Versorgungsunternehmen und Versicherungen nur bedingt von der Krise beeinträchtigt wurden und die Nachfrage aus dem öffentlichen Sektor den Markt spürbar stabilisiert hat. Unternehmen, die vornehmlich Kunden in diesen Branchen bedienen, haben wenig oder gar nichts von der Krise gespürt. Zudem hat die bislang kaum nachlassende Nachfrage der Privatverbraucher den Markt gestützt.

Nach der BITKOM-Prognose vom Oktober 2009 haben Unternehmen, Konsumenten und der öffentliche Sektor im vergangenen Jahr in Deutschland rund 142 Mrd. Euro für Produkte und Dienstleistungen der ITK-Branche ausgegeben. Dies entspricht einem Minus von 2,5% gegenüber dem Vorjahr. Alle drei großen Teilmärkte – Informationstechnik (-2,6%), Telekommunikation (-2,4%) und Unterhaltungselektronik (-2,9%) – verzeichneten einen Rückgang in der gleichen Größenordnung.

Steigende Nachfrage nach Outsourcing im Jahr 2009

Im Jahr 2008 war der deutsche IT-Markt noch um 4% gewachsen und hatte dabei maßgeblich von der starken Nachfrage nach Software und IT-Dienstleistungen profitiert. Der Umsatzrückgang im Jahr 2009 spiegelt die konjunkturelle Abhängigkeit der IT-Ausgaben wider. Die Umsätze mit Software und IT-Dienstleistungen, die drei Viertel des IT-Markts ausmachen, lagen 2009 in etwa auf Vorjahresniveau. Der Hardware-Markt verzeichnete im Jahr 2009 dagegen ein schmerzhaftes Minus. Weitgehend kri-

senresistent zeigt sich die Nachfrage nach Outsourcing: Der Umsatz mit IT- und Business-Process-Outsourcing stieg im Jahr 2009 um rund 6%. Die Wirtschaftskrise beschleunigt in manchen Unternehmen die Entscheidung, Teile der Wertschöpfungskette auszulagern und dadurch ihre Produktivität zu steigern. Outsourcing-Anbieter können auslagernden Unternehmen zudem beim Liquiditätsmanagement helfen, etwa indem die monatlichen Raten an den Dienstleister in der Anfangsphase niedrig gehalten werden und später steigen.

Im Vergleich zum IT-Markt sind die konjunkturellen Einflüsse auf dem Telekommunikationsmarkt eher gering. Der generelle Trend hin zu mehr Kommunikation und intensiverer Internetnutzung wurde durch die Krise nicht gebrochen, sondern allenfalls etwas gebremst. Der scharfe Preiswettbewerb sorgte allerdings auch im Jahr 2009 dafür, dass mehr Gesprächsminuten nicht unbedingt mehr Umsatz bedeuteten. Während der Umsatz mit Sprachdiensten sowohl im Festnetz als auch im Mobilfunk wie bereits in den Vorjahren weiter gesunken ist, hat das Geschäft mit Datendiensten ungeachtet der Krise deutlich zugelegt. Die mobile Internetnutzung erlebte einen kräftigen Schub durch attraktive Preismodelle und die Markteinführung zahlreicher „Smartphones“, Multimedia-Handys mit Internetzugang und großen Displays. Die Netzbetreiber hielten sich hingegen mit Investitionen in die Telekommunikationsinfrastruktur eher zurück, die Ausgaben schrumpften in der Summe um 2,5% im Vergleich zum Vorjahr. Entgegen dem Trend gewachsen sind die Umsätze im Bereich des Infrastruktur-Managements; dieser Markt profitiert von der Entscheidung mancher Netzbetreiber, externe Dienstleister mit diesen Aufgaben zu betrauen.

Außenhandel mit ITK-Hardware stark rückläufig

Im Außenhandel zeigte sich im Zeitraum Januar bis Oktober 2009 ein uneinheitliches Bild: Der Außenhandel mit Gütern brach zweistellig ein, während das Dienstleistungsgeschäft nahezu konstant blieb. Die Ausfuhr von ITK-Hardware lag im betrachteten Zeitraum um 27% unter dem Vorjahreswert, der Import ging um 19% zurück. Der Verkauf von IT-Dienstleistungen ins Ausland verzeichnete in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 sogar ein kleines Plus von 1%.

Ausblick 2010: Mehrheit der Unternehmen erwartet Wachstum

Die deutsche ITK-Branche blickt optimistisch ins nächste Jahr. Vier von fünf Unternehmen rechnen mit einer Trendwende bzw. einem spürbaren Anstieg der Nachfrage im Jahr 2010. Das geht aus einer im De-

zember 2009 im Auftrag des BITKOM durchgeführten repräsentativen Umfrage in der ITK-Branche hervor. Wachstumsimpulse werden überwiegend aus Deutschland erwartet. Dabei werden der öffentliche Sektor, der Dienstleistungssektor und das produzierende Gewerbe gleich oft als Impulsgeber genannt, deutlich weniger das Privatkundengeschäft. Fast jedes zweite Unternehmen rechnet damit, dass im Jahr 2009 verschobene Aufträge für zusätzliche Nachfrage in 2010 sorgen werden. Für den ITK-Gesamtmarkt erwartet der BITKOM im laufenden Jahr eine „schwarze Null“, wobei der IT-Markt leicht wachsen dürfte, während den Teilmärkten Telekommunikation und Unterhaltungselektronik ein weiterer – wenn auch abgeschwächter – Rückgang bevorsteht. Sorgen bereitet vielen Firmen die infolge der Krise verschlechterte Finanzierungssituation. 35% der Unternehmen berichten, dass Banken restriktiver Kredite vergeben oder die Refinanzierung auf den Kapitalmärkten schwieriger wird.

Informationstechnik: Effizienz und Flexibilität sind gefragt

Zu den wichtigsten IT-Trends gehören derzeit neben Outsourcing die Themen Software as a Service (SaaS) und Virtualisierung. Ihnen ist gemeinsam, dass sie schnell Kostensenkungen und Leistungssteigerungen bei den Anwendern ermöglichen. Durch den Zugriff auf Software-Anwendungen per Internet (SaaS), können Ausgaben für Lizenzen und die Pflege der Programme reduziert werden. Die Virtualisierung hilft Kosten zu senken, indem Rechnerressourcen von Computern bzw. ganzen Rechenzentren besser ausgenutzt werden. Der Kostenaspekt spielt auch beim Thema Green IT eine wichtige Rolle, denn moderne, energieeffiziente Rechenzentren sind nicht nur gut für die Umwelt, sondern senken die Energiekosten eines Betriebs. Ein weiteres Thema, das hoch auf der Agenda der Unternehmen steht, ist die IT-Sicherheit. Im Vordergrund stehen dabei unter anderem Aspekte wie Datenschutz und Datensicherheit. Gerade beim Outsourcing von betrieblichen Prozessen und der externen Speicherung von kritischen Daten muss ein möglichst wirkungsvoller Schutz gewährleistet sein.

Telekommunikation: mobiles Breitband als Wachstumstreiber

Der Breitbandmarkt bietet nach wie vor erhebliche Wachstumschancen. Es geht hier neben dem Breitbandausbau in der Fläche insbesondere um den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur und den damit realisierbaren hohen Bandbreiten. Dazu gehören Investitionen in die Kernnetze (Next-Generation-Networks) und den breitbandigen Zugang zum Endkunden (Next-Gener-

ration-Access). Bei schnellen Breitband-Zugängen liegt Deutschland derzeit nur knapp über dem europäischen Schnitt. Wachstumspotenzial gibt es vor allem in ländlichen Regionen. Die Breitbandstrategie der Bundesregierung strebt an, dass bis Ende 2010 alle Haushalte in Deutschland mit einem Breitband-Internetanschluss versorgt werden können. In einem zweiten Schritt wird der Ausbau zu deutlich höheren Geschwindigkeiten forciert. Im Jahr 2014 sollen 75% aller Haushalte einen Anschluss von mindestens 50 MBit/s erhalten können. Mit steigender Breitbandversorgung und Internetnutzung etablieren sich über das Internet zum einen ganz neue Vertriebskanäle für digitale Inhalte wie Musik, Filme, Games oder Software und zum anderen bildet dies die Basis für neue Internet-basierte Dienste. In Zukunft weiter deutlich zulegen wird die Nutzung von IP-fähigen Geräten wie Settopboxen und Spielkonsolen, aber auch von mobilen Endgeräten wie Laptops, Netbooks und vor allem Smartphones. Der BITKOM rechnet für das Jahr 2010 mit einem Absatz von rund 28 Mio. Handys in Deutschland. Das entspricht einem Plus von 4% im Vergleich zum Vorjahr. Rund ein Fünftel der verkauften Handys werden nach BITKOM-Schätzung Smartphones sein. Etwa zwei Drittel aller neuen Handys werden heute mit einem schnellen UMTS-Internetzugang verkauft. Das „mobile Internet“ wie wir es heute kennen, wird durch den Aufbau einer neuen Generation von Mobilfunknetzen (4G bzw. LTE) in den nächsten Jahren in eine neue Dimension vordringen.

Unterhaltungselektronik: Hybrid TV und Heimvernetzung eröffnen neue Marktchancen

Die Themen Konvergenz und Vernetzung eröffnen auch in der Unterhaltungselektronik neue Marktchancen. Hersteller bringen zunehmend „hybride Fernsehgeräte“ auf den Markt, die neben der klassischen Antennendose einen integrierten Anschluss für das Internet besitzen. Content-Anbieter reagieren mit speziellen, auf Fernsehen zugeschnittenen Internetformaten. Gemäß einer repräsentativen BITKOM-Umfrage interessiert sich fast ein Viertel der Deutschen für solche Nutzungsmöglichkeiten des TV-Geräts. Die neuen Potenziale der Heimvernetzung stellen einen weiteren wichtigen Innovationstreiber dar. Neben PCs sind nun auch TV-Geräte, Spielekonsolen, Mobiltelefone, Radios und MP3-Player netzwerkfähig und internettauglich, Fotoapparate folgen als Nächstes. Bald werden sich alle Geräte der Unterhaltungselektronik untereinander verbinden lassen. Das Potenzial von Heimvernetzung geht darüber weit hinaus: zukünftig könnten Elektrogeräte, die gesamte Haustechnik und die gesundheitliche Fürsorge integriert werden.

Die Autoren des Zeitgesprächs



Dr. Kunibert Schmidt, 65, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) in Frankfurt am Main.



Michael Knipper, 57, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Berlin.



Dr. Utz Tillmann, 56, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. (VCI) in Frankfurt am Main.



Dr. Klaus Mittelbach, 53, ist Vorsitzender der Geschäftsführung des ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. in Frankfurt am Main.



Dr. Ralph Wiechers, 50, ist Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt am Main.



Dr. Axel Pols, 43, leitet den Arbeitsbereich Marktforschung und Außenwirtschaft beim Bundesverband Informatikwirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) in Berlin.